



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Oktober 2015

Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 12.9.



Foto: Reinhard Schwandt

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe:
Sonntag, 01.11.2015

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Brief	S. 2
Einladung	S. 2
TTIP stoppen!	S. 3
Medizin Flüchtlinge	S. 4
NOlympia	S. 4
Lage am Hauptbahnhof	S. 6
Demos gegen Rechts	S. 7
Billevue / RegioA Billstedt	S. 8
Nachtrag / Termine November	S. 10
Termine / Kontakt	S. 11

Brief an die LeserInnen

Liebe GenossInnen und Genossen, wir durften im letzten Mitteilungsblatt durch einen LeserInnenbrief erfahren, dass unser Mitglieder-Magazin bis in die Bürgerschaftsfraktion dringt und dort meine Artikel bisweilen zu Verstimmungen führen. In einem ironischen Ton (es sollte wohl komisch klingen) wurde verteidigt, dass in der neuen Fraktionsgeschäftsstelle ein Socializing Room geschaffen wird. Dann können wir uns also jetzt auf spannende Begegnungen gefasst machen.

Eine Küchenzeile mit Sitzgelegenheiten auszustatten ist nun tatsächlich kein konterrevolutionärer Akt besondere Güte. Dennoch mutet es ein wenig deplatziert an, wenn bei einer Fraktionssitzung darüber länger als über die Flüchtlingssituation diskutiert wird und dann großspurig neudeutsch von einem "Socializing-Room" gesprochen wird.

Das Prä auf die eigene Lebenssituation wird durch den Leserbrief nur bestätigt. Wenn sich aus der Bürgerschaftsfraktion die Mühe gemacht wird, die Mitglieder basisnah anzusprechen, wäre ein motivierender Artikel zu den eigenen politischen Tätigkeiten, also Erfolgen und Schwierigkeiten beim Kampf gegen die neoliberale Senatspolitik, für eine soziale und humane Stadtentwicklung, das eigent-

lich Angemessene. Wie legen wir uns gemeinsam besser mit den GegnerInnen an?

Es bleibt also unsere aller Aufgabe, die Parteientwicklung sorgsam zu verfolgen und zu unserer eigenen Angelegenheit zu machen - nur so können wir die solidarische Kultur verwirklichen, die auch gesellschaftlich ansteht.

In diesem Sinne werde ich weiterhin mit frecher Feder von unseren BMVen berichten, die unsere beste Möglichkeit sind, parteilich einzugreifen und uns über das unmittelbare Geschehen in unserem jeweiligen Umfeld hinausgehend und hinausweisend auszutauschen, um unser Eingreifen für ein soziales gesellschaftliches Gang und Gäbe mit Klugheit, Witz und Charme zu planen. Daher weise ich hier schon einmal auf die untenstehende Einladung zum 08.10. hin, wo wir genau das tun werden.

Außerdem zum Vormerken, da schon bald im November: Am 08.11.2015 wird der von uns initiierte Friedensratschlag stattfinden, wo auch über die Partei hinaus Aktive eingeladen werden, um zu entwickeln, wie wir verstärkt Waffenexporte und Kriegspolitik politisch angreifen können.

Mit den besten und solidarischen Grüßen,
Alexander Benthin

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung

Donnerstag, den **08. Oktober 2015**, von **18:30 Uhr bis 22:00 Uhr** im großen Sitzungsraum des **Landesjugendrings, Güntherstraße 34** (Hohenfelde)

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit lade ich euch im Namen des Bezirksvorstandes herzlich zur Bezirksmitgliederversammlung am 08. Oktober 2015 mit dem Schwerpunkt **NOlympia** ein.

Tagesordnungsvorschlag:

- TOP 0: Begrüßung und Konstituierung 18:30 Uhr
 - TOP 1: Politische Berichte, z.B. Landesvorstand und BOen 18:45 Uhr
 - TOP 2: **Olympia verhindern, für eine solidarische (Stadt-)Entwicklung** 19:30 Uhr
Referent: Mehmet Yildiz (u.a. Bericht aus London, ca. 20 min Input)
 - Pause ca. 20:15 Uhr
 - TOP 2: Fortsetzung der Diskussion mit dem Blick auf Aktivitäten 20:30 Uhr
 - TOP 3: Verschiedenes 21:30 Uhr
- Ende gegen 22:00 Uhr

Spiele der Nachhaltigkeit? Damit können nur der nachhaltige Ruin für die öffentlichen Haushalte, die nachhaltige Verdrängung von Geringverdienenden und Kleingewerbetreibenden durch die nachhaltige Steigerung der Mieten und weiterer Lebenshaltungskosten, sowie die nachhaltige Überwachung des öffentlichen Raums gemeint sein. Dieses Entwicklungsprogramm geht derart in die gescheiterte

neoliberale Richtung, dass sogar der Rechnungshof in Hamburg zu unserem Bündnispartner für die Vernunft geworden ist.

Die bisherige Favoritin für 2024, die US-Amerikanische Stadt Boston, hat ihre Bewerbung kürzlich zurückgezogen, explizit wegen der finanziellen Risiken durch die vom IOC von den Austrichstädten geforderte Haftung für alle Kostensteige-

rungen. Das schmutzige Zocker-Spiel der Sportverbände, Konzerne, Medien und korrupter PolitikerInnen wird also weltweit zunehmend in Frage gestellt, gerade im Sport, siehe auch die **Machenschaften der FIFA**, die nun aufgedeckt werden müssen.

Fragt man unsere MitbürgerInnen ist das Bild gerade bei unseren Wählerschichten tendenziell, dass man doch ganz andere Sorgen habe: Es fehlt an Geld für Sozial(!)-Wohnungen, soziale **Daseinsvorsorge, Bildung, Kultur, Infrastruktur – Flüchtlinge!** Informiertere ZeitgenossInnen z.B. unter den FlüchtlingshelferInnen sagen daher: **Was wollen wir jetzt mit Olympia**, wo sich Obdachlose unter Flüchtlinge mischen, um Hilfe zu erhalten?

Daher können und sollten wir deutlich machen: Wir brauchen nicht abzuwarten und zu hoffen, dass der Kelch an uns vorüberzieht. Mit einem Nein zu Olympia erteilen wir all denen eine Absage, die weiter massiv Profite auf Kosten der Bevölkerung einstreichen wollen. Und bei den meisten anderen schaffen wir Hoffnung, Aufklärung, Solidarität und **verbessern damit die Möglichkeiten für einen politischen Richtungswechsel.**

Mehmet Yildiz wird uns einige Neuigkeiten berichten können, z.B. von einer kürzlichen **Reise nach**

London, bei der er mit dortigen GegnerInnen die erschreckenden Olympia-Folgen mit eigenen Augen sehen konnte. Er wird uns außerdem etwas darüber sagen können, wie **Olympia als Zugpferd** für das an jeglichen Bedarfen der Bevölkerung vorbei geplante Entwicklungskonzept „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ dienen soll. Dann können wir uns austauschen über Ideen für unsere Aktionen und Veranstaltungen, sodass ein rundes Gesamt aus regionalen und größeren Aktivitäten entstehen kann. **Wir haben die Seilbahn verhindert – jetzt ist Olympia dran!**

Zuletzt ein paar Hinweise zur Anreise:

U3 Haltestelle „Uhlandstraße“ oder Bus 172 /173 auch „Uhlandstraße“.

(U-Bahn leider nicht barrierefrei, daher ggf. Anreise mit dem Bus erforderlich;

Räumlichkeiten und WC sind barrierefrei zugänglich)

Wir freuen uns auf eine lebendige und produktive **BMV!**

Mit solidarischen Grüßen,

Alexander Benthin im Auftrag des Bezirksvorstandes

Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin:

TTIP und CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!



Mit so viel Widerstand hatten Bundeskanzlerin Merkel, Wirtschaftsminister Gabriel und EU-Kommissionspräsident Juncker ganz sicher nicht gerechnet: Schon mehr als 2,5 Millionen Menschen aus ganz Europa haben inzwischen für die Europäische Bürgerinitiative gegen die Freihandelsabkommen TTIP und

CETA unterschrieben.

Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen: **Gemeinsam mit zehntausenden Menschen aus dem ganzen Land wollen wir am Samstag, dem 10. Oktober, in Berlin unter dem Motto „TTIP und CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ auf die Straße gehen.** Mit einem großen LINKE-Block wollen wir unseren Beitrag zu einer

echten Großdemonstration leisten, wie sie Berlin schon lange nicht mehr gesehen hat.

Mit diesen Verträgen werden die Standards, die unsere Gesundheit, das Arbeitsleben und die Umwelt schützen, gesenkt oder ganz abgeschafft. Sie stärken die Profitinteressen der Konzerne durch Sonderrechte. Es betrifft uns alle, aber, noch ist nicht unterschrieben! Komm doch mit am 10. Oktober zur Demonstration. Tragt Euch den 10. Oktober also am besten schon jetzt ganz fett in Eure Terminkalender ein! Die Demonstration startet um 12 Uhr am Washingtonplatz (Hauptbahnhof) und führt zur Straße des 17. Juni. Auch als **Hamburger LINKE werden wir gemeinsam am 10. Oktober nach Berlin fahren: Es geht los um 7:00 Uhr am Hachmannplatz (Hauptbahnhof) und wir sind gegen 11:00 Uhr in Berlin. Um 20:00 Uhr fahren wir zurück und sind gegen Mitternacht zurück in Hamburg. Anmeldung bitte an bus@die-linke-hamburg.de oder unter 040-389 21 64.**

Weitere aktuelle Informationen: www.ttip-stoppen.de
| www.ttip-demo.de.

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Hamburg!

Einladung zur Informations- und Diskussionsveranstaltung

Am: Mittwoch den 07.10.2015 um 18:30 Uhr

Ort: Gemeindesaal Stiftstraße 15, St. Georg

Podiumsdiskussion mit

Dr. Ghazal Abbas, Kinderärztin

Dr. Anneliese Urschll, Mitglied der AG Gesundheitspolitik

Kathrin Vogler, MdB, Fraktion Die Linke im Bundestag

Mahmut Erdem, Rechtsanwalt in St. Pauli, Schwerpunkt Asylrecht

Rachid Messaoudi, Moderation



„Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.“

Artikel 22 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN (1948)

Pressemitteilung "Nein zu Olympia" vom 25.09.2015

Meinungspluralität gewährleisten:

„Argumente für ein NEIN zu Olympia“ im Info-Heft zum Olympia-Referendum abdrucken!

Die von Aktiven aus dem NOlympia-Netzwerk gestartete Initiative „Argumente für ein NEIN zu Olympia“ kritisiert das Vorgehen des Hamburgerischen Senats in Bezug auf die Veröffentlichung einer Gegenposition im Olympia-Referendumsheft scharf.

Im Rahmen der von vielen Hamburgerinnen und Hamburgern aktiv unterstützten Kampagne waren im Zeitraum von drei Wochen bis zum

Die Lage der Flüchtlinge ist eine Katastrophe, und in einem Land wie der BRD, das zu den reichsten der Welt gehört und wegen seiner kolonialistischen und faschistischen Vergangenheit eine besondere Verantwortung hat, völlig inakzeptabel.

Die Gründe für die zunehmende Zahl flüchtender Menschen aus Nahost, Afrika und dem Balkan liegen in der durch die expansiv um Rohstoffzugang und geopolitische Einflussnahme betriebenen, imperialistischen Kriegspolitik von EU und NATO, in der durch neokoloniale Außenhandelspolitik gegenüber den Staaten der „dritten Welt“, rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Destabilisierung, Erpressung und militärische Abschottung verursachten Zerstörung der Lebensgrundlagen und -perspektiven der Menschen in den Fluchherkunftsländern.

Die Beendigung des Elends der Flüchtlinge geht also zwingend damit einher, dass die Politik, die ursächlich für das Elend ist, angegriffen und beendet wird. So ist die dringend notwendige, grundlegende Wende zu einer Politik in der nicht der sich selbst verwertende Wert, sondern die Menschen und ihr Bedarf im Mittelpunkt stehen, zu verwirklichen.

NO OLYMPIA
HAMBURG
Etwas Besseres als Olympia!

17. September insgesamt 10.240 Unterschriften gesammelt worden, um eine achtseitige Stellungnahme gegen olympische Spiele und „für etwas Besseres als Olympia“ im Informationsheft zur Volksbefragung am 29. November zu platzieren.

Am Freitag veröffentlichte die Hamburger Morgenpost einen Bericht, in dem mit Verweis auf „Senatskreise“ eine Angabe über die genaue Anzahl angeblich gültiger Stimmen gemacht wird, obwohl das offizielle Ergebnis laut Landeswahlamt erst am 6. Oktober festgestellt werden soll. Weiterhin wird berichtet, SPD und Grüne hätten das Verfassen einer achtseitigen Gegenstellungnahme, die bis zur Bürgerschaftssitzung am 30.9. vorliegen muss, der noch laufenden Volksinitiative „STOP Olympia“ übertragen.

Artur Brückmann, Referent im AStA der Uni Hamburg und Mitinitiator, dazu: „Das Vorgehen des Senats ist intransparent, undemokratisch und willkürlich. Angefangen hat es bei der Verfassungsänderung zur Volksbefragung von oben, mit der der Senat faktisch jede Volksinitiative aushebeln kann. Die damit verlangte Sammlung von 10.000 Unterschriften innerhalb von nur drei Wochen direkt nach der Ferienzeit ist eine hohe Hürde zur Platzierung einer Gegen-Stellungnahme im Info-Heft. Nun wurden aus Senatskreisen nicht überprüfbare Angaben zur Anzahl der gültigen Unterschriften an die Presse durchgesteckt, ohne die Initiatoren vorab zu informieren. Jetzt will der Senat eine noch laufende Volksinitiative damit beauftragen, innerhalb weniger Tage eine achtseitige Gegen-Stellungnahme zu schreiben. Damit sollen unterschiedliche Aktivitäten der NOlympia-Bewegung gegeneinander ausgespielt werden. Das machen wir nicht mit und fordern die Aufnahme der breit getragenen ‚Argumente für ein NEIN zu Olympia‘ sowie weiterer olympia-kritischer Ausführungen!“

Florian Muhl, Mitglied im Landesvorstand der Partei DIE LINKE Hamburg, fügt hinzu: „Wir haben innerhalb der dreiwöchigen Unterschriftensammlung zigtausend Gespräche über die Olympia-Pläne und etwas Besseres als Olympia geführt und dabei allein über 15.000 Exemplare unserer Gegen-Stellungnahme als Broschüre unter die Leute gebracht. Die Menschen in Hamburg sind mitnichten ‚Feuer und Flamme‘ – viele sind mindestens olympia-skeptisch bis klar ablehnend. Wir haben über den finanziellen Irrsinn olympischer Spiele des IOC, das nicht quantifizierbare Risiko für die öffentliche Hand, die schädlichen Folgen einer auf die kommerziellen Interessen des IOC und der Sponsoren gerichteten Stadtentwicklung

sowie dringend notwendige politische Alternativen diskutiert: Massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau, die menschenwürdige gesellschaftliche Teilhabe von allen – insbesondere auch von Geflüchteten – und dem Gemeinwohl verpflichtete Bildungs-, Kultur- und Gesundheitsinstitutionen. Es gab große Zustimmung für die Position, dass all diese Vorhaben etwas Besseres als Olympia sind und dringend angegangen werden müssen, anstatt dem Milliardengrab Olympia hinterher zu rennen.“

Benedikt Schroeter, Referent für Hochschulpolitik im AStA der HafenCity Universität, ergänzt: „Der Senat hat sich die Sicherstellung der Meinungspluralität im Referendumsheft auf die Fahnen geschrieben. Wenn er es damit auch nur ansatzweise ernst meint, dann muss er die ‚Argumente für ein NEIN zu Olympia‘ neben den Stellungnahmen von Senat und Bürgerschaftsfraktionen aufnehmen. Die Stellungnahme wurde im NOlympia-Netzwerk in einem mehrwöchigen beteiligungsoffenen Prozess erarbeitet, mit mehreren tausend Menschen diskutiert und von ihnen per Unterschrift unterstützt. Diese Stellungnahme ist damit eine breit getragene Artikulation von Kritik an olympischen Spielen und ein Plädoyer für das Eintreten für etwas Besseres als Olympia. Es entsteht der Eindruck, dass sich der Senat die Gegen-Argumentation selbst aussucht. Selbstverständlich steht es ihm frei, weitere Gegenstellungnahmen in das Heft aufzunehmen. Wir würden es begrüßen, wenn neben den 15 Seiten der Befürworter auch entsprechend viele Seiten für die Gegner im Heft enthalten sind. Damit wäre wenigstens in diesem Rahmen eine quantitative Gleichberechtigung von Olympia befürwortenden und ablehnenden Positionen hergestellt. Angesichts der millionenschweren Werbe-Kampagne für Olympia in der ganzen Stadt wäre das das Mindeste dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger eine demokratische Entscheidung über die Bewerbung für olympische Spiele in Hamburg treffen können.“

*Berechtigte Forderung, hoffen müssen wir aber erst mal, dass es **überhaupt** zur Aufnahme einer kritischen Stellungnahme kommt. Bisher ist noch nichts von der Bürgerschaft beschlossen! Viele sagen zwar, die SPD sei im Wort, aber das war sie schon so oft und zu so vielen Themen – was hat das genützt? (-red)*

Zur Lage der durchreisenden Flüchtlinge

Die hässliche Fratze des Kapitalismus am Hauptbahnhof!

Am Hauptbahnhof kommen täglich zwischen 2000 bis 2500 Menschen an und werden von ehrenamtlichen Helfern betreut. Die meisten Menschen sind auf der Durchreise nach Skandinavien. Am Hauptbahnhof sind hunderte von Helfern im Einsatz, wie viele genau weiß keiner. Erster Anlaufpunkt ist der Infopoint unter der Treppe gegenüber dem Reisezentrum. Dort sitzt ein Orga-Team. Viele DolmetscherInnen bieten zudem ihre Hilfe an.

Am Hachmannplatz sind zwei Zelte aufgebaut, eines für die medizinische Versorgung und eins für die Verpflegung. Im Parkhaus an der Baurmeisterstraße befindet sich eine Notkleiderkammer für die Flüchtlinge, die täglich aus der Messehalle bestückt wird. Es gibt viele Kinder, die hier nur leicht bekleidet ankommen. Auch viele Erwachsene kommen nur im T Shirt und Flip Flops.

Für die Menschen die hier nachts bleiben müssen, weil keine Züge mehr fahren gibt es Notunterkünfte im Schauspielhaus, im Gemeindesaal der Caritas und in der naheliegenden Moschee. Von offizieller Seite gibt es keine Hilfsangebote! Ohne ehrenamtliche HelferInnen, wäre die Situation noch katastrophaler.

Die wichtigsten Forderungen der Stadtteilgruppe St. Georg DIE LINKE:

1. 400 Schlafplätze müssen her.
2. Medizinische und ärztliche Versorgung für 24 Stunden!
3. Ausreichend Wasser für alle Flüchtlinge.

Gipfel an Unfähigkeit der Behörden

Scharfe Kritik an den Vorfällen in Bergedorf und den staatlichen Stellen wurde auch am Sonntag im Ballsaal des FC St. Pauli laut, wie NDR 90,3 berichtete. Dort hatten sich mehrere Hundert ehrenamtliche FlüchtlingshelferInnen versammelt, um darüber zu beraten, wie Hilfe besser organisiert und umgesetzt werden kann.



Die Empfangsstelle für Flüchtlinge unter der Treppe in der Wandelhalle Foto: Alex

Die Zustände in Bergedorf seien der Gipfel an Unfähigkeit der Behörden, hieß es bei dem Treffen. Viele freiwillige HelferInnen beklagten auch, dass sie von Behörden und Ämtern nicht einbezogen würden, obwohl sie viele Aufgaben übernähmen, die man auch von der Stadt verlangen könnte. Trotzdem wolle man die Flüchtlingshilfe verstärken und noch besser über die ganze Stadt vernetzen.

Marcel Schweitzer, Sprecher der Sozialbehörde, war der einzige Vertreter der Stadt auf der Versammlung. Er sagte, es sei für die Behörden häufig schwierig, verantwortliche Ansprechpartner unter den freiwilligen Helfern zu finden. Die Zustände im Bergedorfer Baumarkt bedauerte auch er. Aber dafür seien die Innenbehörde und "fördern & wohnen" zuständig.

Platz für Boote statt für Flüchtlinge

Seit Anfang August waren in den Messehallen zeitweise 1.200 Flüchtlinge untergebracht. Sie mussten nun Platz machen für den Aufbau der Messe "Hanseboot", die Ende Oktober beginnt. Die Kleiderkammer für Flüchtlinge kann hingegen noch bis Ende des Jahres in den Messehallen bleiben, sie zieht allerdings innerhalb der Messehallen um.

Ronald Kelm, Stadtteilgruppe St. Georg

Zu unserem Titelfoto: Bericht vom 12.9. im Netz: Tausende demonstrieren gegen Rechts



Veröffentlicht: 12. September 2015 (Foto: Reinhard Schwandt)

Nachdem das Bundesverfassungsgericht am Freitag den Aufmarsch von gewalttätigen Nazi-Hooligans in Hamburg verboten hat, sind am Sonnabend nach Angaben der Polizei mehr als 14.000 Menschen dem Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts gefolgt und mit einer Demonstration durch die Hamburger Innenstadt gezogen. Zuvor hatten über 630 Gruppen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft den Aufruf unterzeichnet. »Durch die zivilgesellschaftliche Breite des Bündnisses, das von Gewerkschaften, religiösen Trägern, Bildungseinrichtungen, dem FC St.Pauli bis zu Künstlern und Musikern wie Smudo oder Udo Lindenberg reicht, ist es uns gelungen ein starkes Zeichen gegen Nazis und Rassisten zu setzen«, sagte Carina Book vom AStA der Uni Hamburg.



Die Mönckebergstraße ist dicht (Foto Maui)

»Dass der Nazi-Aufmarsch vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde, ist ein großer Erfolg für uns! Noch nie ist ein Nazi-Aufmarsch in Hamburg vollständig verboten worden. Dies ist für uns ein Grund zum Jubeln, denn es wird deutlich: Nazis und Rassisten haben keinen Platz in dieser Stadt«, kommentierte auch der

Vorsitzende von ver.di Hamburg, **Olaf Harms**. An einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt, zu der unter anderem der Senat und die Bürgerschaft aufgerufen hatten, nahmen weitere 7.500 Menschen teil.

Zwischenzeitlich hatte es eine Anmeldung der Nazis in Bremen gegeben, die ebenfalls verboten wurde. Als erbärmlichen Ersatz für ihre groß angekündigte Provokation rotteten sich schließlich am Nachmittag etwa 100 Nazi-Hooligans in Kirchweyhe bei Bremen zusammen. »Die Nazis haben trotz der Verbotsverfügung des Bundesverfassungsgerichts weiter nach Hamburg mobilisiert. Durch die Sperrung des Hamburger Hauptbahnhofes konnten keine weiteren Nazis anreisen. Auch das ist ein Erfolg«, so Felix Krebs vom Hamburger Bündnis gegen Rechts.

Mit lautem Protest und mit einem Antifa-Konzert am Hauptbahnhof wurden die Nazis, die trotz des Verbotes angereist waren aus der Hansestadt verabschiedet. Auch in Bremen gab es eine antifaschistische Demonstration der couragierten Menschen, die sich den Nazis auch in Bremen in den Weg gestellt hatten.

Ob in Hamburg oder Bremen hat die antifaschistische Zivilgesellschaft heute mit einer Stimme gesprochen:

Internationale Solidarität, statt völkischem Patriotismus! Refugees Welcome!

Quelle:

<http://www.redglobe.de/deutschland/antifa/7238-tausende-demonstrieren-gegen-rechts>

BilleVue - Billstedt

Am 12.09./13.09.2015 fand im Ortsteil Billstedt an der Bille mit der sechsten BilleVue wieder ein großes Fest statt. Verschiedene Musikgruppen traten dort live auf, darunter auch die HipHop Academy aus dem Billstedter Kulturpalast, sowie Lotto King Karl und die 3 Richtigen aus Barmbek. White Lotus, eine Gruppe von Tanzbegeisterten ließen den energiegeladenen Tanz auf das Publikum übergehen, aber auch die Bille Bläser waren wieder mit dabei.



Die NDR-Bühne – Zentrum des Geschehens

Beim ABC Battle handelte es sich um ein Breakdance-Battle im Blind Date-Verfahren, wonach erst kurz bevor die gegeneinander antretenden Battle Künstler bekannt gegeben wurden. Dieses Breakdance-Battle fand statt für 5-12 jährige und 13-17 jährige und machte den Kindern und Jugendlichen eine Menge an Spaß und Freude.

Des Weiteren waren eine Vielzahl anderer Gruppen und KünstlerInnen mit dabei und etliche andere AkteureInnen aus Vereinen und Stadtteil Organisationen aus Billstedt und dem naheliegenden Umland. Und wieder waren an beiden Tagen zusammen ca. 150.000 Menschen dabei.

Wir von "DIE LINKE" waren neben anderen Parteien natürlich mit unserem Stand der Ortsgruppe Billstedt und Bezirksfraktion an beiden Tagen vor Ort. (Wäre schön, wenn wir das überall schafften! -red)

Es wurde viel mit den Menschen in Billstedt über die Entwicklung unserer Gesellschaft in der Zukunft diskutiert. Zu diesen Themen gehörte unter anderem die Diskussion über Olympia und dessen eventuelle Auswirkungen auf die Stadt Hamburg.

Uns Linken wird von anderen Parteien oft vorgehalten, wir wären generell gegen Olympia, dass stimmt so nicht! Wir sind für Sport, Breitensport und Olympia, allerdings nicht für Me-

gaevents des IOC, die mit dem Sport nur noch am Rande zu tun haben und hauptsächlich auf Kommerz ausgerichtet sind. Zudem noch ein hohes und unkalkulierbares finanzielles Risiko für die Stadt Hamburg bergen, wo am Ende wir SteuerzahlerInnen die Zeche zahlen darf, wenn sich – wie zu erwarten - dieses Spektakel nicht rechnen sollte. Und dass es sich nicht rechnen wird, zeigen bereits die Stellungnahme des Hamburger Rechnungshofes und die lange Geheimhaltung der Verträge mit IOC und Co.

Wir diskutierten mit den Menschen ebenso über die bestehende „Schuldenbremse“ der Stadt und damit einhergehende Kürzungen, sowie eine Reduzierung von Angeboten im sozialen Bereich, wie geringere finanzielle Mittel für den Familien- und Jugendbereich, Bildung, Senioren usw. Und wie sich dies verträge mit dem Projekt "Megaevent Olympia", welches bereits im Vorfeld für hohe Kosten Sorge im Haushalt der Stadt?

Die Entwicklung im Rahmen von " Stromaufwärts an Elbe und Bille " bildete einen weiteren Schwerpunkt der gemeinsamen Gespräche. Auch die Gefahr, dass eine zu starke Orientierung im Rahmen der Stadterneuerung auf externe Investoren zu steigenden Mieten und damit zu einer Gentrifizierung und Vertreibung von GeringverdienerInnen führen wird. Diese Menschen könnten in der weiteren Zukunft die dann gestiegenen Mieten nicht mehr bezahlen und wären gezwungen fort zu ziehen, aus dem ihnen vertrauten Umfeld und ihrer Heimat.



Unser Team am Stand / Fotos: maui

Wobei wir deutlich machten, dass dringend ein sogenanntes Wohnungsbau-Notprogramm für bezahlbaren sozial gebundenen Wohnungsbau, besser Gestern, als Heute eingeleitet sein muss! Mit dem immer noch verfolgten Drittel-Mix im Wohnungsbau (1/3 Eigentum, 1/3 frei finanziert, 1/3 gefördert) ist der Wohnungsbedarf der Menschen längst nicht mehr auszu-

gleichen, sondern er führt dazu, dass wir heute einen Notstand haben im Angebot an bezahlbarem Wohnraum in Hamburg!

Wir sammelten daher an beiden Tagen Stimmen für die NOlympia Volksinitiative. Aus Wandsbek waren eine Genossin und ein Genosse dabei und auch aus der UNI-Hamburg waren GenossInnen zur Unterstützung am Stand.

Dafür von uns allen aus Billstedt ein herzliches Dankeschön für die Solidarität an diesen beiden Tagen, es hat sehr viel Spaß gemacht mit euch allen.

Liebe Grüße von Sven, Andreas, Wolfgang, Mehmet, Jörg, Melike und Maureen aus Billstedt und Umgebung.



U-Bahn Burgstraße: Haltestelle verlegt! Foto Maui

Bericht aus dem Regionalausschuss Billstedt 22.9.15

Im letzten Regionalausschuss Billstedt wurden hauptsächlich die üblichen Themen behandelt, wie z.B.:

- 1.) Beschilderung der Fußgängerzone Möllner Landstraße; Hinweise für die Hundeanleinplicht an allen Zugängen
- 2.) Parkverbot in der Berzeliusstraße
- 3.) Steinbeker Grenzdamm verkehrssicher wieder herstellen

Diese Anträge wurden alle einstimmig angenommen.

Für eine Überraschung sorgte der TOP 9, der auf der aktuellen Tischvorlage der Tagesordnung auftauchte. Dieser TOP 9 mit den folgenden Unterpunkten, wurde als „nichtöffentlich“ deklariert:

- 9.1 Wegewarte
- 9.2 Personalkosten (Bezirksamt HH Mitte)
- 9.3 Gedenktafel

Für die Linksfraktion des Regionalausschuss Billstedt stellt sich die hier Frage, wieso diese Punkte als „nichtöffentlich“ angesetzt wurden. Die Themen Wegewarte und Gedenktafel wurden bisher immer öffentlich behandelt. Das Thema Personalkosten (Bezirksamt Hamburg Mitte) hätte die Öffentlichkeit vor dem Hintergrund des Hamburger Transparenzgesetzes ebenfalls interessieren können.

Ziel des Transparenzgesetzes ist es, die Bürger mit der Verwaltung ihrer Stadt "auf Augenhöhe" zu bringen, schreibt der Senat. Entscheidungen der Behörden sollen nachvollziehbar gemacht werden, um die Menschen "stärker an der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen".

Wir haben uns deshalb entschlossen eine kleine Anfrage zu stellen, um diese Sache aufzuklären.

Wolfgang Strauß, BO Billstedt

Nach Redaktionsschluss (Ergänzung zum Artikel auf Seite 6):

Die **AG Gesundheitspolitik** der Linken sieht folgende Aufgaben als notwendig an:

- Die Erstuntersuchung muss umfassend sein. Sie darf sich nicht auf akute und ansteckende Erkrankungen beschränken, sondern auch chronische Erkrankungen sind in die Erstuntersuchung einzu beziehen.
- Zur Bewältigung der Erstuntersuchungen sind alle medizinischen Ressourcen in Hamburg zu nutzen, einschließlich der Hilfsorganisationen ASB, DRK, Johanniter, Malteser. Die Nutzung aller in Hamburg vorhandenen Ressourcen trägt zur Verkürzung von Wartezeiten der Flüchtlinge bei den notwendigen Erstaufnahmeuntersuchungen bei und zur Minimierung gesundheitlicher Risiken für die Flüchtlinge in den Massenunterkünften.
- Ärztlicher Dienst am Hauptbahnhof für 24 Stunden.
- Geschützte Frauenräume mit Frauenärztin und Hebammen in den Erstaufnahmen.
- Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist finanziell und personell entsprechend seiner ständig steigenden Aufgaben in den Bezirken ausreichend auszustatten. Die Erfahrungen der MitarbeiterInnen des ÖGD sind von unschätzbarem Wert bei der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen in den Massenunterkünften. Die Bildung von „Hygieneaktivs“ aus Flüchtlingen, medizinischem Personal,

SozialarbeiterInnen etc. in den Flüchtlingsunterkünften kann Hygienestandards und Maßnahmen sinnvoll unterstützen.

- Mit der Einrichtung von 170 neuen Schulklassen ist der ÖGD bei den flächendeckenden Schuleingangsuntersuchungen wie auch bei den Schuluntersuchungen in den höheren Klassen besonders gefordert und muss von den zuständigen Behörden jegliche Unterstützung erhalten. Unsere Bezirksabgeordneten sollten diese Prozesse und Aufgaben des ÖGD politisch begleiten. Eine gegenseitige Information von Bezirks- und Bürgerschaftsabgeordneten ist unerlässlich.
- Der Einsatz von qualifizierten DolmetscherInnen am UKE sollte über die Grenzen der Einrichtung und von Hamburg hinaus ausgedehnt werden. Die Überwindung von Sprachbarrieren ermöglicht eine gezielte Diagnose und Therapie und schafft gegenseitiges Vertrauen. Zudem ist sie ein Beitrag für einen kultursensiblen Umgang mit Flüchtlingen.
- Die am UKE bestehende Traumaambulanz ist angesichts der hohen Zahl - auch minderjähriger - Flüchtlinge finanziell stärker zu unterstützen, um den Therapiebedarf für alle Menschen dieser Stadt sicherzustellen und Chronifizierung zu verhindern.

Termine im November:

Hamburger Friedenskonferenz

Sonntag, 8. November 2015, 10.00 - 18.30 Uhr

Tagungsort: Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg: S-Bahn Dammtor

Mit hochkarätigen ReferentInnen!

Die Teilnahme ist für alle friedenspolitisch Interessierten kostenlos.

Kaffee und Essen gegen geringen Beitrag.

Konferenz der LAG Gesundheitspolitik zur Re-kommunalisierung der Asklepios-Kliniken

Freitag, 13.11., 11 bis 16 Uhr

Tagungsort: Voraussichtlich Gemeindesaal, Stiftstr, 15, St. Georg.

Ziel ist die Erarbeitung einer Konzeption zur Rückführung der Hamburger Asklepios-Kliniken in die öffentliche Hand.

6. Tagung des vierten Parteitags

Sonntag, 22.11., 9 bis 18:30 Uhr

Tagungsort: Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße

Hauptthemen: **NOlympia** (eine Woche vor dem Referendum!) und **Flüchtlingspolitische Leitlinien**

Der Parteitag tagt parteiöffentlich!



Am Stübenplatz: Die BO Wilhelmsburg/Veddel aktiv gegen Olympia

Termine in (und für) Mitte

Montag, 05.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 07.10., 18:00 Uhr (1 Tag früher!)

Treffen der **BO Billstedt**
Allcafé, Billstedter Marktplatz

Donnerstag, 08.10., 18:30 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung (s.S. 2)
Sitzungssaal des Landesjugendrings, Güntherstraße 34 (Hohenfelde)

Samstag, 10.10., ganztägig

Großdemonstration gegen TTIP

Berlin, siehe auch S. 3

Dienstag, 13.10. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 13.10., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 15.10., 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4

Montag, 19.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 21.10., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 21.10., 19:00 Uhr (früher!)

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

November

Montag, 02.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 10.11., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 10.11., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 12.11., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Montag, 16.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 18.11., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 18.11., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Sonntag, 22.11., 9:00 - 18:30Uhr

6. Tagung des 4. **Landesparteitags**
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Sonntag, 29.11.

Olympia-Referendum: **Mit Nein stimmen!!!**

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
nachrichtlich:		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX